

Fraktions-NEWSLETTER 2020

DIE LINKE. in der Regionsversammlung Hannover März (03) 2020

Liebe Genoss*innen und Interessierte der Regionsfraktion DIE LINKE.,

nicht nur in Corona-Pandemiezeiten wollen wir Euch ab jetzt regelmäßig mit einem Newsletter die Arbeit und Schwerpunkte unserer Arbeit in der Regionsversammlung Hannover vorstellen. In unserem ersten Newsletter können wir leider noch keine Termine und Veranstaltungen nennen, sobald das öffentliche Leben wieder stattfinden kann, gehört dies natürlich auch zum Newsletter.

Dieser Newsletter hat 3 Schwerpunkte, zum einen unsere Anträge und Anfragen in der Regionsversammlung Hannover, zum zweiten das Thema: „Wie steht DIE LINKE. zur Corona-Pandemie und drittens; „Pfleger*innen im Ausnahmezustand! Wie geht es weiter?“.

Viel Spaß beim Lesen,
Eure Jessica Kaußen



1. Anträge & Anfragen der Fraktion DIE LINKE.

Links & Quellen:

Antrag vom 11.02.2020:

Keine Militärtransporte auf Straßen der Region Hannover in Bauträgerschaft der Region

Die NATO hat für 2020 das größte Militärmanöver ihrer Geschichte angekündigt. Dabei sollen auch durch Niedersachsen große Militärtransporte per Straße durchgeführt werden. Militärtransporte sind im Regelfall genehmigungspflichtige Transporte auf festgelegten Routen. Im Einzelfall kann es auch dazu kommen, dass in besonderen Situationen auf Kreisstraßen ausgewichen wird. Dann können solche Transporte große Schäden und somit Kosten verursachen, für die die Region Hannover aufkommen muss.

Dazu Jessica Kaußen, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. in der Regionsversammlung Hannover: „Auf Grund der territorialen Lage auf der A7 und A2 ist nicht auszuschließen, dass auch über Straßen in der Bauträgerschaft der Region Hannover Militärtransporte durchgeführt werden. Diese Straßen sind aber für derartige Transporte baulich nicht geeignet.“

Deshalb hat unsere Fraktion am 11.02.2020 einen Antrag mit der Forderung eingebracht, dass der Regionspräsident, gegenüber dem Niedersächsischen Landesverwaltungsamt und der Bundeswehr als NATO-Partner, ein Befahrungsverbot für Militärtechnik für alle Straßen der Region Hannover ausspricht.

Den ausformulierten Antrag findet Ihr auf unserer Website, wenn Ihr auf den Link in der rechten Spalte klickt, oder [Hier](#).



Der Link zu dem Antrag auf unserer **Webseite**:
<https://www.dielinke-regionsfraktion.de/nc/politik/antraege-und-anfragen/detail/news/keine-militaertransporte-auf-strassen-der-region-hannover-in-bautraegerschaft-der-region/>

Die **Pressemitteilung** zu dem Antrag:
<https://www.dielinke-regionsfraktion.de/nc/presse/>

[detail/news/keine-militaertransporte-auf-strassen-der-region-hannover/](https://www.dielinke-regionsfraktion.de/nc/politik/ant-raege-und-anfragen/detail/news/keine-militaertransporte-auf-strassen-der-region-hannover/)

**Antrag vom 12.02.2020:
Vertreter*in von „Fridays For Future“ als beratendes Mitglied im Umwelt- und Klimaausschuss**

Am 12.02.2020 hat unsere Fraktion einen Antrag eingebracht um zu erwirken, dass eine Vertreter*in aus der „Fridays For Future“-Bewegung als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt- & Klimaschutz aufgenommen wird. Damit wollen wir bewirken, dass die Forderungen der Sammlungsbewegung direkt Gehör bei den Entscheidungsträger*innen der Region Hannover findet. So lässt sich verhindern, dass eine Kritik von Entscheidungen erst im Nachhinein stattfinden kann. Durch diese Beteiligung der Fridays For Future-Bewegung können so Forderungen und Wünsche aus der Gesellschaft direkt in der politischen Arbeit berücksichtigt und umgesetzt werden. Zusätzlich soll dieser Antrag durch solche Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung im politischen Prozess dazu führen, die Politikverdrossenheit zu minimieren.

Den ausformulierten Antrag findet Ihr auf unserer Website, wenn Ihr auf den Link in der rechten Spalte klickt, oder [Hier](#).



Der Link zu dem Antrag auf unserer **Webseite**:
<https://www.dielinke-regionsfraktion.de/nc/politik/ant-raege-und-anfragen/detail/news/vertreter-in-von-fridays-for-future-als-beratendes-mitglied-im-umwelt-und-klimaausschuss/>

**Antrag vom 03.03.2020:
Die Region Hannover schaut hin!**

Täglich finden rechte Straftaten in unserer Gesellschaft statt. Diese Straftaten sind nicht nur Gewaltdelikte bei denen Menschen psychisch oder physisch geschädigt werden, sondern sie äußern sich auch in Vandalismus. Zum Beispiel auch „Nazi-Graffitis“. Die Kosten, die durch diese Straftaten entstehen sind nicht außer Acht zu lassen. Des Weiteren darf die Wirkung der Verbreitung solcher Symbole und ihrer Botschaften nicht unterschätzt werden. Vor allem, wenn solche Schmierereien mit rechtem Gedankengut nicht zeitnah nach Entstehung entfernt werden.


Deshalb haben wir als Fraktion am 03.03.2020 einen Antrag eingebracht, mit der Forderung eine Meldestelle für Rechte Straftaten namens „Die Region Hannover schaut hin!“ einzurichten. Dadurch sollen rechte Straftaten besser registriert und gesammelt werden. Dadurch lässt sich ein qualitatives Bild der echten Situation der rechten Szene in der Region Hannover abbilden. Außerdem kann dadurch ermöglicht werden, dass „Nazi-Graffitis“ zeitnah, innerhalb von max. 48 Stunden, entfernt werden.


Den ausformulierten Antrag findet Ihr auf unserer Website, wenn Ihr auf den Link in der rechten Spalte klickt, oder [Hier](#).



Der Antrag auf unserer **Webseite**:
<https://www.dielinke-regionsfraktion.de/nc/politik/ant-raege-und-anfragen/detail/news/die-region-hannover-schaut-hin-meldestelle-fuer-aktivitaeten-von-neonazis-einrichten/>

Die **Pressemitteilung** zu dem Antrag:
<https://www.dielinke-regionsfraktion.de/nc/presse/detail/news/die-region->

	hannover-schaut-hin/
<p style="text-align: center;">Antrag vom 31.03.2020:</p> <p style="text-align: center;"><u>Kostenfreie Hygieneartikel in regionseigenen Liegenschaften</u></p> <p>Die freie Verfügbarkeit von Hygieneartikeln am Arbeitsplatz, in der Schule sowie bei Behördenterminen stellt einen weiteren Abbau von geschlechtsspezifischen Barrieren dar und ist deshalb zu begrüßen. Im Zeitalter der Gleichstellung aller Geschlechter sollten diese Mindeststandards in Sanitäreinrichtungen regionaler Liegenschaften vorhanden sein, um Frauen außerhalb ihres persönlichen Wohnumfelds diese Produkte bei Bedarf bereitzustellen</p> <p>Den ausformulierten Antrag findet Ihr auf unserer Website, wenn Ihr auf den Link in der rechten Spalte klickt, oder Hier.</p>	 <p>Der Antrag auf unserer Webseite: https://www.dielinke-regionsfraktion.de/nc/politik/ant-raege-und-anfragen/detail/news/kostenfreie-hygieneprodukte-in-regionseigenen-liegenschaften/</p>

2. Wie steht DIE LINKE. zur „Corona-Pandemie“?	Links & Quellen:
<p>„Wir haben es ja gesagt...“ Seit Jahren setzt sich DIE LINKE. für bessere Arbeitsbedingungen & bessere Löhne in der Pflege ein. Seit Jahren setzt sich unsere Partei gegen die Profitgier der Unternehmen der Pharma- und Pflegeindustrie ein. Pflege ist ein Grundrecht. An Pflege und Gesundheit dürfen keine Gewinnerwartungen geknüpft werden. Im Allgemeinen hat sich DIE LINKE. schon immer für die Stärkung der Rechte der gesellschaftlich schlechter Gestellten, für diejenigen die derzeit unser System am Laufen halten müssen und für die wir aus unseren Fenstern klatschen, eingesetzt. Doch ein einfaches „Wir haben es ja gesagt...“ hilft uns und den bedürftigen Menschen nicht weiter. Deshalb ist es in dieser Zeit umso wichtiger Solidarität untereinander zu leben.</p> <p>„Nur klatschen ist keine ehrliche Anerkennung und Solidarität. Wir dürfen nicht vergessen!“ Es ist ein wunderbares Bild, wenn am Abend sich tausende Menschen mit anderen Menschen solidarisieren und für sie von ihren Fenstern aus klatschen, weil sie dankbar sind, für das was sie tun. Doch warum erst jetzt? Weil jede*r Einzelne sich betroffen fühlt! „ICH könnte der nächste sein, der gepflegt und versorgt werden muss.“ „ICH könnte der nächste sein, die/ der im Supermarkt nichts mehr bekommt.“ „ICH, ICH, ICH...“ Das Klatschen ist schön und ist eine sehr schöne Form der Anerkennung, doch auf keinen Fall ein Ersatz für echte Anerkennung. Nämlich: Gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte und faire Entlohnung! Da in solchen Zeiten ehrliche Solidarität gefordert ist, darf eines auch nicht unerwähnt bleiben: „Hätten wir in den letzten Jahren unser Gesundheitssystem nicht nach den Profitinteressen von Einzelnen umgebaut, sondern nach den Bedarfen von</p>	 <p>https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/privatisierung-von-krankenhaeusern-und-pflegeeinrichtungen-war-falsch/</p> <p>https://www.dielinke.de/themen/gesundheit-und-pflege/corona/detail/news/zur-situation-im-einzelhandel/</p>

vielen, wäre die Situation wegen eines solchen Virus‘ nicht so Akut.“

Täglich sterben Menschen nicht wegen der hohen Mortalität vom Corona-Virus, sondern weil die Kapazität unserer Krankenhäuser nicht ausreicht, um schwere Krankheitsverläufe in der Menge angemessen zu versorgen. Deshalb dürfen wir nicht vergessen und daraus lernen. Nach der Krise müssen wir unsere Mitmenschen daran erinnern und auffordern dementsprechend bei der nächsten Wahl zu wählen.

„Trotzdem Lösungen statt nur Vorwürfe.“

1. **Steuerentlastung und Steuerreform**

DIE LINKE. fordert eine Steuererleichterung für die unteren 70% in Deutschland. Dafür müssen die oberen 30% in die Pflicht genommen werden. Dafür sollen Geringverdiener*innen, Menschen die sowieso bereits schwer von ihrer Arbeit leben können, von der Einkommensteuer in diesem Jahr befreit werden. Zukünftig müssen solche Berufe gerecht entlohnt werden. Wobei das Wort „gerecht“ eine soziale und keine wirtschaftliche Definition benötigt. Seit 1998 sind die oberen 30% steuerliche entlastet worden, während die unteren 70% mehr belastet worden sind. Deshalb brauchen wir nach dieser Krise eine echte und gesellschaftlich gerechte Steuerreform zugunsten derjenigen die wirklich den Reichtum in diesem Land erwirtschaften. Des Weiteren sind ein Mindestlohn ab 12 Euro und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer unabdingbar um die bevorstehenden Herausforderungen nach der Krise als Gesellschaft überstehen zu können. Nutzen wir diese Krise als Chance wieder mehr soziale Gerechtigkeit zu etablieren.

2. **Grundrechte auch in Krisenzeiten bewahren**

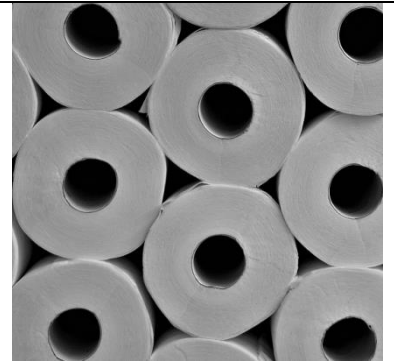
Die Pläne der Bundesregierung Tracking-Apps zur Kontaktverfolgung von Covid-19-infizierten Personen zu nutzen, sollte sehr kritisch betrachtet werden. In einer Zeit in der unsere Grundrechte aufgrund einer Krise eingeschränkt werden, ist es als Bürger*in besonders wichtig achtsam zu sein und die Notwendigkeit und das Ziel der geforderten und umgesetzten Maßnahmen zu reflektieren. Für DIE LINKE. kommt beispielsweise der Einsatz von Tracking-Apps nur in Frage, wenn dadurch keine personenbezogenen Daten erhoben werden. Alle Varianten von Handy-Daten-Tracking-Apps, die personenbezogene Daten erheben und unverhältnismäßig sind, lehnt DIE LINKE. ab. Grundrechte heißen Grundrechte, weil sie immer gelten, auch in Krisenzeiten! Sie ohne Notwendigkeit aufzuweichen, wäre ein schäbiges Ausnutzen der Angst von Menschen und wird auf unseren heftigen Widerstand treffen.“

3. **Mieterschutz in der Corona-Krise**

Die bisherigen Maßnahmen zum Mieterschutz sind ein erster Schritt. Allerdings nur ein Kleiner und Unvollständiger. „*Wenn Adidas und Deichmann keine Miete zahlen, dürfen Bürger*innen das dann auch?*“ Derzeit sind Kündigungen und Räumungen für private Haushalte noch möglich. Auch der Zeitraum für einen Zahlungsaufschub wurde von ursprünglich 6 Monate auf 3 Monate reduziert. Diese Frist ist zu kurz.

DIE LINKE. fordert deshalb:

- **keine Zwangsräumungen,**
- **keine Mieterhöhungen und keine Kündigungen für mindestens**



<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linke-will-wegen-corona-entlastung-von-arbeitnehmern-16692968.html>

<https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/handy-daten-tracking-grundrechte-gelten-auch-in-krisenzeiten/>

<https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/mieterschutz-in-der-corona-krise-verbessern/>

- sechs Monate sowie,
 - Hälfte-Hälfte-Übernahme der in diesem Zeitraum infolge der COVID-19-Pandemie auflaufenden Mietschulden zwischen Mietenden und Vermietenden

Bundestagsabgeordneter Fabio De Masi zu der Krise:

„Es ist Zeit, dass sich die Regierung nicht nur fragt, was Deutschland für die Milliardäre tun kann, sondern was die Milliardäre für dieses Land tun können. Die sogenannten kleinen Leute - Pflegekräfte, Kassiererinnen oder Polizisten - halten den Laden am Laufen. Eine Vermögensabgabe nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichs nach dem zweiten Weltkrieg ist überfällig.“

**3. Pfleger*innen im Ausnahmezustand!
Wie geht es weiter?**

Links & Quellen:

Seit vielen Jahren setzen sich die Angestellten der Pflegeindustrie bereits für bessere Arbeitsbedingungen und gerechtere Löhne ein. Sie versuchen darauf aufmerksam zu machen, dass der Abbau des Gesundheitssystems als Daseinsvorsorge und des Umbaus auf Wirtschaftlichkeit und Profitorientierung nicht im Sinne unserer Gesellschaft und der Mehrheit der Menschen in Deutschland geschieht, sondern nur im Sinne von wenigen Einzelnen, die sich Millionen auf dem Rücken unserer Gesellschaft ergaunern. Genau diese Menschen, die abhängig-Beschäftigten Pfleger*innen, die seit Jahren durch die Arbeit in der Pflege krank geworden sind, müssen jetzt diesen Systemabbau und die Profitgier ihrer Chefs und Aktionäre ausbaden. Das Problem ist kein rein deutsches Problem. Es ist ein Problem der Länder in denen der Kapitalismus bis in alle Bereiche unseres Alltages vorgedrungen ist. Pflege, Bildung, Telekommunikation, Verkehr, usw. Überall sehen wir keine Verbesserung, sondern nur dramatische Verschlechterungen für die Gesellschaft. Doch Pflege betrifft uns ALLE! Deshalb ist der Aufschrei jetzt in Krisenzeiten umso größer. Doch leider nicht, weil wir emphatischer mit den Menschen geworden sind, die unsere Leben retten und uns im Alter pflegen, sondern nur, weil wir merken, dass wir jetzt umso schneller zum Opfer dieses Gesundheitssystems werden können und uns plötzlich klar wird: Pflege betrifft uns ALLE!

Noch vor einem Jahr wurde durch die Politik eine Überkapazität (Unwirtschaftlichkeit) im deutschen Gesundheitssystem beklagt. Deshalb wurde damals gefordert die Krankenhausbetten pro Einwohner zu reduzieren. Eine Entscheidung, die wir heute bereuen und weshalb unter anderem die Maßnahmen zu Kontaktverboten und die Einschränkung unserer Grundrechte zum Teil notwendig geworden sind. Dieses Beispiel zeigt deutlich auf, dass es notwendig ist, die Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zugunsten von gemeinwohlorientierter Gesundheitsversorgung zurückzudrehen.

Viele Menschen in systemrelevanten Berufen, Pflegekräfte, Kassierende und Fahrende arbeiten bis zum Umfallen und riskieren ihre Gesundheit, doch bezahlt werden sie seit eh und je mies. Es sind vor allem Frauen, die den Laden am Laufen halten. Applaus vom Balkon und Lob von der Kanzlerin sind schön und gut, aber diese Anerkennung von Bedeutung und Risiko dieser Berufe sollte sich auch in der Bezahlung ausdrücken. Während die Besitzer der großen Supermärkte und Discounter gerade Rekordgewinne einstreichen, sitzen die



<https://www.die-linke.de/themen/gesundheits-und-pflege/corona/>

<https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/privatisierung-von-krankenhausern-und-pflegeeinrichtungen-war-falsch/>

Kassierenden an der Kasse, machen Überstunden, sind einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt und bekommen kein Cent mehr. Kaum zu glauben ist: Es gibt nicht mal für Pflegekräfte und Ärzte genug Masken und Schutzkleidung. Und für die Bevölkerung erst recht nicht.

**Entschlossen und solidarisch gegen den Pflegenotstand!
Helfe JETZT und SCHNELL! Unterschreibe den Aufruf:**

<https://www.pflegenotstand-stoppen.de/aufruf-unterzeichnen/>